

Ergebnisprotokoll

der **29.** Sitzung des Haupt- und Planungsausschusses (Videokonferenz)
(IX. Wahlperiode)
am 30. April 2021

Tagungsort: Videokonferenz

Beginn: 10:05 Uhr

Ende: 12:00 Uhr

Teilnehmende: Herr Herbert, Vorsitzender des HPA

Herr Arnold
Herr Buschmann
Herr Fey
Herr Gerfelder i.V.
Herr Gerhards
Herr Göllner
Frau Jansen
Herr Kasseckert

Herr Kaus
Herr Kessner
Herr Kötter
Herr Kraft
Herr Kummer
Frau Loizides i.V.
Herr Lorenz
Frau Möricke

Herr Dr. Müller
Herr Dr. Naas
Frau Rinn
Herr Röttger i.V.
Herr Salz
Herr Sommer
Herr Urhahn i.V.
Frau Weyrauch

Fraktionsvorsitzende:

Herr Kaufmann
Herr Schindler

Herr Rock
Herr Wissenbach

Mitglieder des Präsidiums:

Herr Kündiger

Herr Baron

Fraktionsgeschäftsführer:

Herr Vogt

Obere Landesplanungsbehörde:

Frau Lindscheid
Herr Dr. Beck
Herr Bleher
Herr Langsdorf

Herr Dr. Fuhrmann
Frau Güss
Herr Hennig

Gäste:

Herr Brandis (LH Wiesbaden)
Frau Borniger (LH Wiesbaden)
Herr Hübner (LH Wiesbaden)
Frau Sonntag (Stadt Mörfelden-Walldorf)
Herr Henninger (Stadt Bad Soden im Taunus)
Frau Kraska (RV)
Herr Dr. Schmitz (Kanzlei Noerr)

Schriftführerin:

Frau Ewen

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Genehmigung der Protokolle der 28. Sitzung des Haupt- und Planungsausschusses
2. Antrag der Stadt Mörfelden-Walldorf auf Zielabweichung vom Regionalplan Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan 2010 (RPS/RegFNP 2010) gemäß § 8 Abs. 2 HLPG aus Anlass der Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Nr. 52 - Langener Straße - Wohnen und Handel“ im Stadtteil Mörfelden
Drs. Nr. IX / 117.1 (liegt bereits vor)
3. Antrag der Stadt Bad Soden am Taunus auf Zielabweichung vom Regionalplan Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan 2010 (RPS/RegFNP 2010) gemäß § 6 Abs. 2 ROG in Verbindung mit § 8 Abs. 2 HLPG für die Ausweisung eines Wohn- und Gewerbegebiets „Sinai II und III“ - **Drs. Nr. IX / 139.1**
4. Antrag der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Zielabweichung vom Regionalplan Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan (RPS/RegFNP 2010) gemäß § 6 Abs. 2 ROG i.V.m. § 8 Abs. 2 HLPG im Bereich der Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Wiesbaden Ostfeld
Drs. Nr. IX / 141.1 (liegt bereits vor)
Drs. Nr. IX / 141.2 - Antrag der AfD-Fraktion vom 23.02.2021 (liegt bereits vor)
5. Bedingungen für die Ansiedelung und das Betreiben von Rechenzentren im Planungsgebiet Südhessen unter den Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit und der Einhaltung der Pariser Klimaschutzziele
Drs. Nr. IX / 148.0 - Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN vom 6. April 2021
6. Abschluss des Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Stadt Bad Nauheim, Stadtteil Bad Nauheim
Gebiet: "Klinik an der Usa" - **Drs. Nr. IX / 47.2**
7. Abschluss des Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) Gemeinde Weilrod, Ortsteile Altweilnau und Riedelbach
Gebiet A: "Neuerborn", Gebiet B: "Nussköpfchen", Gebiet C: "Am Holzweg", Gebiet D: "Sommerberg" - **Drs. Nr. IX / 104.2**

8. Beschlussfassung über die Zustimmung zur Durchführung des Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Stadt Bad Homburg v. d. H., Stadtteil Ober-Eschbach Gebiet: „Gewerbegebiet Massenheimer Weg“- **Drs. Nr. IX / 146.0**
9. Beschlussfassung über die Zustimmung zur Durchführung des Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Stadt Münzenberg, Stadtteile Trais und Münzenberg Gebiet A: "Wetterstraße", Gebiet B: "Münzenberg Ost" - **Drs. Nr. IX/ 147.0**
10. Anfragen

zu TOP 1: Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der 28. Sitzung des Haupt- und Planungsausschusses

Der Vorsitzende des Haupt- und Planungsausschusses, **Herr Herbert**, begrüßte die Ausschussmitglieder, Frau Regierungspräsidenten Lindscheid, Herrn Vizepräsidenten Dr. Fuhrmann, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der oberen Landesplanungsbehörde sowie die anwesenden Gäste zur HPA-Sitzung per Videokonferenz.

Er stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgt ist. Das Protokoll der 28. Sitzung des HPA lag krankheitsbedingt noch nicht vor.

Gegen die vorliegende Tagesordnung gab es keine Einwendungen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wies **Herr Herbert** darauf hin, dass in der heutigen Sitzung keine Beschlüsse gefasst werden. Dies erfolge am 7. Mai in der Präsenzsitzung. Heute gehe es um die Beratung der Tagesordnungspunkte.

Herr Herbert bat die Mitglieder der Ausschüsse, die sich für befangen erklären, die Sitzung zu verlassen. Eine Befangenheit wurde seitens der Mitglieder nicht angezeigt.

Zu TOP 2: Antrag der Stadt Mörfelden-Walldorf auf Zielabweichung vom Regionalplan Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan 2010 (RPS/RegFNP 2010) gemäß § 8 Abs. 2 HLPG aus Anlass der Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Nr. 52 - Langener Straße - Wohnen und Handel“ im Stadtteil Mörfelden
Drs. Nr. IX / 117.1 (liegt bereits vor)

Herr Röttger (CDU) berichtete, dass bei der Beratung im WV am 29.04.21 beschlossen wurde, den Tagesordnungspunkt zu vertagen, da es notwendig sei, neben Vertretern der Stadt Mörfelden-Walldorf auch einen Vertreter des HMWEVW dazu zu hören.

Auf Nachfrage von **Frau Sonntag (Stadt Mörfelden-Walldorf)** erläuterte **Herr Herbert**, dass zusätzlicher Informationsbedarf bestehe und der Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzungsrunde geschoben werde.

Zu TOP 3: Antrag der Stadt Bad Soden am Taunus auf Zielabweichung vom Regionalplan Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan 2010 (RPS/RegFNP 2010) gemäß § 6 Abs. 2 ROG in Verbindung mit § 8 Abs. 2 HLPG für die Ausweisung eines Wohn- und Gewerbegebiets „Sinai II und III“ - **Drs. Nr. IX / 139.1**

Herr Kaufmann (GRÜNE) fragte nach, wie die Klärung des Themas der Frischluftproblematik angegangen werde. **Herr Henninger (Stadt Bad Soden a.Ts.)** führte aus, dass in der Nebenbestimmung Nr. 3 des Antrags auf das Klima eingegangen wird und noch ein klimatechnisches Gutachten erstellt wird. Der Nebenbestimmung Nr. 3 werde dann im Laufe des Bebauungsplanverfahrens Rechnung getragen.

Votum: Die Fraktionen CDU, SPD, Grüne, FDP und AfD werden der **Drs. Nr. IX / 139.1** zustimmen. Herr Urhahn (Grüne) wird sich enthalten.

Zu TOP 4: Antrag der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Zielabweichung vom Regionalplan Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan (RPS/RegFNP 2010) gemäß § 6 Abs. 2 ROG i.V.m. § 8 Abs. 2 HLPG im Bereich der Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Wiesbaden Ostfeld
Drs. Nr. IX / 141.1 (liegt bereits vor)
Drs. Nr. IX / 141.2 - Antrag der AfD-Fraktion vom 23.02.2021 (liegt bereits vor)

Herr Kasseckert (CDU) fragte nach, ob die Stellungnahme der Obersten Landesplanungsbehörde bezüglich der Frage, ob ein Zielabweichungsverfahren das korrekte Verfahren ist, bereits vorliegt. Des Weiteren begründete er den gemeinsamen Änderungsantrag von CDU und SPD (**Drs. Nr. IX / 141.3**). **Frau Regierungspräsidentin Lindscheid** berichtete, dass aktuell noch keine Stellungnahme der Obersten Landesplanungsbehörde vorliegt.

Herr Dr. Naas (FDP) bat die Fraktionen CDU und SPD die Punkte 1 und 2 ihres Änderungsantrags näher zu erläutern. **Herr Röttger (CDU)** erläuterte den Antrag und wies daraufhin, dass der Änderungsantrag präzisiert wurde und am Morgen an alle Mitglieder versandt wurde.

Herr Kaufmann (GRÜNE) führte aus, dass aus Sicht der Fraktion DIE GRÜNEN eine Zielabweichung nicht das richtige Verfahren sei und die Stellungnahme der Obersten Landesplanungsbehörde abzuwarten ist. Des Weiteren erläuterte er, dass eine Schienenanbindung unerlässlich sei. Er erklärte, dass der Flächennutzungsplan erst dann genehmigt werden dürfe, wenn zumindest eine verbindliche Planung und ein Finanzierungsvertrag für die Schienenanbindung vorlägen. **Herr Kaufmann (GRÜNE)** schloss damit ab, dass der Änderungsantrag der Koalition zu unverbindlich formuliert sei und sah daher weiteren Konkretisierungsbedarf.

Herr Dr. Müller (AfD) schloss sich zum Thema Verkehr **Herrn Kaufmann (GRÜNE)** an. Bezüglich des Themas Landwirtschaft führte er aus, dass er mit den Vertretern der Landwirte in der Region gesprochen habe. Diese meldeten bei einer positiven Entscheidung zur **Drs. Nr. IX / 141.1** am 07.05.2021 Klagebereitschaft an. Er führte aus, dass bis zu einer Entscheidung mehrere Jahre

vergehen können und er davon ausgehe, dass das BKA dann Wiesbaden als Standort verlassen werde. Außerdem erläuterte er den Änderungsantrag der AfD (**Drs. Nr. IX / 141.2**).

Herr Gerfelder (SPD) ging auf die Kritik am Änderungsantrag **Drs. Nr. IX / 141.3** der Vorredner ein. Des Weiteren fragte er **Frau Regierungspräsidentin Lindscheid**, ob es bezüglich der Erstellung der Vorlage **Drs. Nr. IX / 141.1** eine Rückkopplung zwischen dem Regierungspräsidium und der Obersten Landesplanungsbehörde gegeben habe und wie sie dazu stehe, dass in der Presse vermittelt werde, dass mit einem positiven Beschluss ein Rechtsbruch vorgenommen werde. **Frau Regierungspräsidentin Lindscheid** führte aus, dass sie die Vorlage des Regierungspräsidiums so weitertragen werde. Das Ministerium sei in die Entscheidung involviert gewesen, jedoch gebe es durch die Vorlage eines weiteren rechtlichen Gutachtens der Fraktion DIE GRÜNEN eine neue Situation. Es müsse abgewartet werden, ob sich die Positionierung der Obersten Landesplanungsbehörde dadurch ändert.

Herr Dr. Schmitz (Kanzlei Noerr) erklärte in Bezug auf das von **Herrn Dr. Müller (AfD)** angesprochene mögliche Gerichtsverfahren, dass er davon ausgehe, dass die Satzung der Landeshauptstadt Wiesbaden Bestand habe. Des Weiteren bat er darum, die Maßgaben im Änderungsantrag so konkret wie möglich zu fassen und eine Anpassung im dritten Punkt des Änderungsantrages aufzunehmen. Dem wurde seitens der Koalition zugestimmt.

Die Ergänzung des Punktes Nr. 3 der Drs. IX / 141.3 vom 29.04 lautet:

„..., dass die Existenzsicherung der betroffenen Landwirte im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften des Baugesetzbuches gewährleistet ist“.

Herr Röttger (CDU) erläuterte Punkt 2 des Änderungsantrages. Anschließend ging er auf die Aussage von **Herrn Kaufmann (GRÜNE)** ein und erklärte, dass bis zur Genehmigung des Flächennutzungsplans eine Schienenanbindung im Bereich Ostfeld nicht gesichert werden könne.

Herr Urhahn (GRÜNE) und **Herr Kaufmann (GRÜNE)** führten aus, dass es zur schienengebundenen Verkehrsanbindung eine verbindliche Vereinbarung mit Finanzierungs- und Zeitplänen geben müsse.

Herr Dr. Naas (FDP) fragte die Koalition, ob im Änderungsantrag von SPD und CDU (Drs. Nr. IX / 141.3) im Hinblick auf die Schienenanbindung zwischen den Bereichen Ostfeld und Kalkofen differenziert werden könne. **Herr Röttger (CDU)** antwortete, dass in der Maßgabe Differenzierungen zwischen dem Bereich Ostfeld und Kalkofen möglich seien.

Herr Röttger (CDU) fragte **Herrn Dr. Schmitz (Kanzlei Noerr)**, ob die Entscheidung zur **Drs. Nr. IX / 141.1** geschoben werden könne oder ob der Zeitraum zwischen dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung und der Veröffentlichung des Satzungsbeschlusses dann zu lang ist und dies das Projekt gefährde. **Herr Dr. Schmitz (Kanzlei Noerr)** bestätigte, dass die, die Entwicklungssatzung stützenden Gutachten nicht veraltet sein dürfen und demnach ggf. ein neuer Satzungsbeschluss auf Grundlage neuer Gutachten getroffen werden müsse. Dies könne Folgewirkungen auf die Finanzierbarkeit der Maßnahme haben.

Herr Kaufmann (GRÜNE) erwiderte, auch nach Rücksprache mit der Kommunalaufsicht, dass er es für rechtlich möglich halte, die Entscheidung zu verschieben. Er bekräftigte, dass er die

Einschätzung der Obersten Landesplanungsbehörde zur Rechtmäßigkeit des Abweichungsverfahrens vor der Entscheidung der Regionalversammlung für notwendig ansehe. Dieses Verfahren sei wegen der Präjudizierung von Bedeutung.

Herr Röttger (CDU) äußerte die Bitte, dass Herr Oberbürgermeister Mende der Landeshauptstadt Wiesbaden am 07.05.2021 um 10 Uhr zur weiteren Sondersitzung des HPA (Videokonferenz) eingeladen werde und für Fragen zur Verfügung stehe.

Zu TOP 5 Bedingungen für die Ansiedelung und das Betreiben von Rechenzentren im Planungsgebiet Südhessen unter den Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit und der Einhaltung der Pariser Klimaschutzziele

Drs. Nr. IX / 148.0 - Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN vom 6. April 2021

Herr Kaufmann (GRÜNE) erklärte, der Antrag markiere die Absicht, sich in Zukunft vermehrt mit diesem Thema zu befassen. Der Regionalverband werde eine Informationsveranstaltung für die Verbandskammer und die Regionalversammlung dazu durchführen. **Herr Kötter (SPD)** schlug vor, diesen Antrag im Ausschuss zu belassen und zunächst weitere Informationen einzuholen.

Herr Kaufmann (GRÜNE) erklärte sich mit dem Vorgehen einverstanden. **Herr Herbert** bestätigte, dass so vorgegangen werde.

Zu TOP 6: Abschluss des Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Stadt Bad Nauheim, Stadtteil Bad Nauheim
Gebiet: "Klinik an der Usa" - **Drs. Nr. IX / 47.2**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Zu TOP 7: Abschluss des Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) Gemeinde Weilrod, Ortsteile Altweilnau und Riedelbach
Gebiet A: "Neuerborn", Gebiet B: "Nussköpfchen", Gebiet C: "Am Holzweg",
Gebiet D: "Sommerberg" - **Drs. Nr. IX / 104.2**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Zu TOP 8: Beschlussfassung über die Zustimmung zur Durchführung des Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Stadt Bad Homburg v. d. H., Stadtteil Ober-Eschbach Gebiet: „Gewerbegebiet Massenheimer Weg“-
Drs. Nr. IX / 146.0

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Zu TOP 9: Beschlussfassung über die Zustimmung zur Durchführung des Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Stadt Münzenberg, Stadtteile Trais und Münzenberg Gebiet A: "Wetterstraße", Gebiet B: "Münzenberg Ost" - **Drs. Nr. IX/ 147.0**

Herr Salz (GRÜNE) führte aus, dass das neue Gebiet A bereits eine Bebauung habe. Er fragte nach, um was für eine Bebauung es sich handle. **Frau Kraska (RV)** erläuterte, dass es sich um eine Lagerhalle handle.

Zu TOP 10: Anfragen
Es lagen keine Anfragen vor.

Herr Herbert schloss die Sitzung um 12:00 Uhr.



Gerhard Herbert
Vorsitzender des HPA

gez. Ewen

Charlotte Ewen